

Ellen Bareis, Peter Bescherer, Britta Grell, Armin Kuhn und  
Erwin Riedmann

## Die Stadt in der Revolte

»Die Rückkehr der Hungerrevolten« titelten am 4. September 2010 westliche Medien und berichteten über einen Aufstand der Armen in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks. »Wir haben nichts zu verlieren«, wurde eine der Beteiligten zitiert. Anlass für die Unruhen war die von der Regierung angekündigte Erhöhung des Brot- und Strompreises um 25 bzw. 13,4 Prozent. Wurden die Aufstände niedergeschlagen? Kam es zu Verhandlungen? Darüber war nichts zu erfahren. Der Aufstand in Maputo hatte für genau einen Tag Nachrichtenwert. Revolten werden nur gelegentlich sichtbar. Häufig bleiben sie lokal, oft wird ihnen mit Polizei- oder Militärgewalt ein schnelles Ende gesetzt. Wir erfahren von ihnen meist nur, wenn sie in unserer Nähe stattfinden, wenn sie lange andauern oder wenn sie die Herrschaftsverhältnisse grundlegend zu erschüttern vermögen. Oft überdauern Revolten kaum den Moment der Empörung, des »Jetzt reicht's«. Von sozialen Bewegungen hingegen reden wir erst dann, wenn sie Dauer gewinnen, sich einen ›Namen‹ geben, Sprecher/innen herausbilden und Forderungen an staatliche Instanzen, Unternehmen oder andere Institutionen richten. Die Formen der Organisation und die Forderungen sind diskutierbar, ›diskurs- und verhandlungswürdig‹, wie aktuell u.a. die Stuttgarter Proteste zeigen. Das Losschlagen aus dem Gefühl des »Jetzt reicht's«, das beispielsweise Jugendliche aus den französischen Vorstädten immer wieder – zuletzt im Herbst 2010 am Rande der Proteste gegen die Rentenreform – in Konfrontation mit der Polizei praktizieren, ist es nicht.

In welchem Verhältnis stehen diese beiden Formen des Politischen – Revolte und soziale Bewegungen – zueinander? Die Frage bildet den Ausgangspunkt dieses Heftes, das gezielt urbane Konflikte behandelt. Zum einen zeigen sich in den Städten die gesellschaftlichen Spaltungs-, Segregations- und Polarisierungsprozesse besonders deutlich, die mit der aktuellen Krise des Kapitalismus noch verschärft werden; zum anderen stehen städtische Konflikte und Unruhen im Brennpunkt alter und neuer Herrschafts- und Sozialtechnologien (von staatlicher Repression bis hin zu neuen »weichen« Formen des Regierens). Es fällt auf, dass die Verbindungen der Linken und ihrer sozialen Bewegungen zu gegenwärtigen Aufständen brüchig geworden und häufig von Ignoranz und fehlender Solidarität geprägt sind. Dabei zeichnet sich eine Kontroverse ab zwischen denjenigen, die disruptive Erhebungen als vorpolitisch, als erst noch zu Politisierendes begreifen, und denjenigen, die in ihnen neue Formen an den Grenzen des bisherigen Politischen, eine »Anti-Politik« (Balibar), zu erkennen meinen. Das Problem der »richtigen« Einordnung, das auch uns bei der Heftplanung beschäftigt hat, hängt sicherlich damit zusammen, dass sich viele Revolten den Ausdrucksformen etablierter politischer Repräsentations- und

Deutungsmuster entziehen. Häufig verweigern sich ihre Träger/innen vermittelnden Kommunikationsversuchen, auch den von links angebotenen. Zudem sind die (Alltags-)Konflikte, an denen sich Aufstände entzündend, aus der Distanz schwer zu entschlüsseln. Und schließlich verweisen diese Konflikte darauf, dass Revolten nicht zwangsläufig »progressiv« sind, sich vielmehr auch gegen Schwächere oder Minderheiten richten können.

Die in diesem Heft versammelten »Fallstudien« mischen sich in eine Debatte darüber ein, was von Politikerberater/innen, Think Tanks und »Sicherheitsexperten« inzwischen als »globales Aufstandsphänomen« betrachtet wird. Sie lenken den Blick auf wenig thematisierte (oder wieder vergessene) Zusammenhänge, aber auch auf weiterhin offene Fragen: Unter welchen Bedingungen können Revolten »erfolgreich« sein? Wie formuliert sich in systemkonform anmutenden Protesten eine Kritik an den ökonomischen Verhältnissen? Welche Formen politischer Subjektivierung kommen in Revolten zum Tragen? In welchem Verhältnis stehen die Widersprüche in der Bewältigung des Alltags zu Übergriffen gegen »Fremde«? Und inwiefern zeigt sich in aktuellen Revolten ein neuer, klassenübergreifender Charakter? Im Folgenden stellen wir einige allgemeinere Überlegungen voran, die unsere eigenen Debatten durchzogen haben und diskutieren, wie die Beziehung von Revolten zu Revolutionen und Emanzipation zu denken ist und welche Folgerungen sich daraus für die Linke ergeben.

### *Revolte und Revolution*

Ein etwas älterer Bestimmungsversuch der Revolte hebt an mit der Feststellung, diese sei »kaum je zu einem besonderen Gegenstand soziologischer Analysen gemacht worden«, nehme aber »vor allem in Frankreich [...] eine Art Schlüsselstellung in der weltanschaulich-literarischen Diskussion« ein (Heintz 1954, 26). Für viele ist »Revolte« bis heute kein trennscharfer Begriff, der von anderen Formen der »contentious politics« (Tilly/Tarrow 2006) wie Aufruhr, Meuterei oder Rebellion eindeutig abzugrenzen wäre. In der älteren »weltanschaulichen« Debatte stand das Verhältnis der Revolte zur Revolution im Mittelpunkt. »Ich rebellierte, also sind wir«, heißt es bei Camus (1951/1969, 203), »den einzelnen seiner Einsamkeit« entreißend (21), in die ihn der cartesianische Rationalismus gebannt hat. Während für Camus, der die Revolution mit ihrem stalinistischen Schicksal identifiziert und sich damit Sartre und andere zu Gegnern macht, »der Revolutionär« notwendig als »Unterdrücker oder als Ketzer« endet (202), handelt der »révolté« aus dem subjektiven Gefühl, Recht zu haben, und gibt so – trotz »wiederholter Niederlagen« – der menschlichen Natur »ihren Gehalt von Schmerz von Hoffnung« (203). Die Entgegensetzung von (spontaner unpolitischer) Revolte und (zielgerichteter politischer) Revolution wurde prägend. Antikoloniale Kämpfe, die Jugendrevolten, die 1968er-Bewegung und später die Häuserkämpfe wurden auf ihr revolutionäres Moment hin befragt, demgegenüber der subjektive Gehalt der Rebellion als zweitrangig galt. Beispielfhaft erscheint uns eine Debatte im *Kriminologischen Journal* von 1977, wo es um die Bewertung der »Halbstarken« der 1950er Jahre ging: Die eine Position sah eine

Parallele zu den Maschinenstürmern des 19. Jahrhunderts und stellte dem herrschenden Diskurs über »sinnlose Gewalt« und Nihilismus dieser »Rowdys« das Recht auf Auflehnung gegen die kapitalistischen Zumutungen entgegen (Pearson 1977); die andere zweifelte, ob dieses »konfus definierte soziale Subjekt, das arbeitslose Jugend-Proletariat«, überhaupt eine Rolle im »allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse« spielen könne (Melossi 1977, 304).

Nach und nach veränderte die wachsende Vielfalt realer Kämpfe auch die theoretische Perspektive. Spätestens mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen und den Verweigerungsstrategien vieler Jugendproteste verlor die Frage nach dem revolutionären Potenzial von Revolten an Bedeutung. Zudem ließ der allgemeine Strukturwandel des Beschäftigungssystems, gekennzeichnet durch veränderte Formen der Arbeitsorganisation und -teilung, Zweifel an der Privilegierung der traditionellen (männlichen und weißen) Fabrikarbeiterklasse aufkommen und rückte Konflikte in den Blickpunkt, die sich nicht am Widerspruch von Arbeit und Kapital entzündeten. Zwar fanden Klassenkämpfe weiterhin statt, wurden in westlichen »Bewegungsgesellschaften« (Neidhardt/Rucht 1993) aber um Kämpfe gegen Rüstung, Umweltzerstörung, Mietspekulation, geschlechtliche und sexuelle Diskriminierung, Rassismus etc. ergänzt. Der »subjektive Faktor« (Sander 1981) und die feministische »Politik der ersten Person« gewannen an Gewicht. Die nach 1968 noch einmal auflebende parteiförmige Organisierung in K-Gruppen mit ihrer »proletarischen« Ausrichtung konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Von einer Revolution, im Sinne der gewaltsamen Übernahme des Staatsapparats, war zumindest in den westlichen Industriestaaten immer weniger die Rede. Demgegenüber zielten die neuen sozialen Bewegungen auf eine Transformation von Alltagsstrukturen (und zum Teil von Institutionen) und auf die (direkte) Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Das veränderte Politikverständnis bot sowohl Raum für Strategien der kleinen Schritte – wie sie sich u.a. in der Gründung der Partei DIE GRÜNEN niederschlugen – als auch für radikalere Strömungen, die weiterhin grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebten, gleichzeitig aber auch neue Emanzipationsvorstellungen vertraten, in denen Selbstbestimmung und die Befreiung aus autoritären Verhältnissen zentral waren.

Die Beurteilung von Aufstandsphänomenen blieb von diesem Perspektivwechsel nicht unberührt. Relevanter wurde nun, ob Revolten einen »emanzipatorischen Gehalt« haben, d.h. sich gegen unterdrückerische Strukturen richteten. Doch auch dieses Kriterium erwies sich als problematisch. Als Foucault 1979 für seine Solidarität mit den Aufständen gegen die persische Autokratie, die zwar »von unten« (Volksmudschahedin) kamen, aber dennoch in ein islamistisches Regime mündeten, angegriffen wurde, entgegnete er: »Aber ich bin auch nicht einverstanden, wenn man sagt, es sei unnütz, sich zu erheben, weil doch alles beim Alten bleibe. Einem Menschen, der sein Leben gegen eine Macht setzt, kann man keine Vorschriften machen. [...] Niemand muss glauben, diese wirren Stimmen sängen schöner als andere und sagten die letztgültige Wahrheit. [...] Weil es solche Stimmen gibt, hat die Zeit des Menschen nicht die Form der Evolution, sondern die der Geschichte.« (2003, 991)

Die Einsicht, dass Revolten zwar emanzipatorische Motive haben und etwas Neues schaffen können, aber nicht notwendig zu einer progressiven gesellschaftlichen Entwicklung führen, warf neue Fragen auf. Auch die in diesem Heft versammelten Beiträge zeigen, dass das Verhältnis von Revolte und Emanzipation nicht leicht zu bestimmen ist. Denn das Schicksal der Emanzipation entscheidet sich in einem Prozess von langer Dauer; in der Forderung nach Freiheit hingegen artikuliert sich ein oft nur situativ bestimmtes Begehren, dessen Quelle die »Erfahrung des Einzelnen« ist (Camus 1951/1969, 88). Wenn auch Revolten nur einen Aspekt des Unrechts angreifen, ohne notwendig Recht zu haben oder in der Geschichte Recht zu behalten, sind sie doch Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche, die durch eine Anthropologie des individuellen Widerstands, wie sie Camus entwirft, nicht erklärt werden können.

E.P. Thompson fasst mit dem Konzept der »moralischen Ökonomie« das Ensemble »fest umrissener und leidenschaftlich vertretener Vorstellungen vom Gemeinwohl«, die weder »politisch« noch »unpolitisch« sind, dennoch aber »durchgängig auf Herrschaftspraxis und Denken« einwirken (1971/1980, 70). Während in der konventionellen Geschichtsschreibung Hungerrevolten als »spasmodische« Akte abgetan wurden, arbeitete Thompson die spezifischen Legitimitäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen heraus, die den Aufständen zugrunde lagen. Sie betrafen v.a. den Markt und das Eigentum und waren mit der aufziehenden kapitalistischen Ökonomie nicht ohne weiteres vereinbar. So wurde etwa der profitorientierte Export des Kornes, insbesondere in Zeiten der Knappheit, als Bruch des Sozialvertrags und Entmoralisierung des Marktes begriffen. In »Subsistenzprotesten« (Herzig 1988, 22) verteidigten die Armen und Eigentumslosen ihre bisherigen ökonomischen Praktiken. Was sich als passives Festhalten am Überkommenen darstellt, nimmt die Form einer widerständigen Aktivität an. Thompson ging es nicht um das traditionelle Weltbild der »Unterklassen« an sich, sondern um den Konflikt, in dem es sich als »permanente Aufstandsdrohung« (Meyer 1999, 59) artikuliert. Die moralische Ökonomie wurde manifest als Einforderung eines Existenz- und Lebensrechts jenseits des Daseins als doppelt freie Lohnarbeiter/innen und jenseits des bürgerlichen Rechts. Damit handelte es sich um einen »eigenen Typus des Klassenkampfes« (ebd.), der in der Reduktion der Subsistenzrevolten auf eine »Vorstufe« der Arbeiterbewegung ausgeblendet bleibt.

Die Debatte macht deutlich, dass den Sozialrevolten des 18. und 19. Jahrhunderts eine eigene Logik und eine eigenständige Bedeutung im Kampf um Emanzipation zukommen. Darüber hinaus zeigt sie, wie die Revolte statt als »Nebenwiderspruch« als Ausweitung des Klassenkampfes über die Fabrik hinaus interpretiert werden kann. Und sie macht deutlich, dass die in Revolten aufscheinende subjektive Empörung ihre Kraft aus gesellschaftlich bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen gewinnt. Es sind gegenwärtig vor allem städtische Revolten, die zu einer genaueren Auseinandersetzung zwingen und an denen Thompsons Begriff zu erproben wäre.

*Stadt und Revolte*

Die meisten der gegenwärtigen Analysen zu städtischen Aufständen und Unruhen stammen von sogenannten Sicherheitsexperten. Aus ihrer Sicht erscheint die These, seit Ende des Kalten Krieges hätten urbane Konflikte weltweit an Bedeutung gewonnen, durchaus plausibel, weil sie ganz unterschiedliche Phänomene wie demographischer Wandel, Bürgerkriege, Brotrevolten, Ausschreitungen von Fußballfans, rassistische Pogrome, Naturkatastrophen, Pandemien, Migrationsbewegungen, politische Massenproteste gegen Gipfeltreffen und Großprojekte bis hin zu terroristischen Anschlägen in den Blick nimmt. All diese Konflikte interessieren unter dem Gesichtspunkt der »Gefährdung für die bestehende Ordnung« (vgl. Eick u.a. 2007; Graham 2010). Dabei sind die neuen Programme zur ›urbanen Aufstandsbekämpfung‹ längst nicht mehr Kopfgeburten überambitionierter Militärs und Geheimdienstagenten. Die Polizei experimentiert seit Jahren mit fliegenden Kameras, die z.B. in Paris und Mailand zur Überwachung von »Problemstadtteilen«, in Amsterdam anlässlich einer Häuserräumung oder in Straßburg zum Einsatz kamen, um das Anzünden von Autos in den Griff zu bekommen (vgl. Monroy 2010). Mitarbeiter von Scotland Yard reisten 2009 nach Athen, um griechische Behörden, die weitere Aufstände erwarten, beim Kampf gegen den »Vandalismus« zu beraten. In den USA warnen angesehene Senatoren davor, die Krise könne »food riots, squatter rebellions, tax revolts and job marches« hervorbringen, und spekulieren über die Einführung des Kriegsrechts. Einige Bundesstaaten wie Arizona haben bereits eigene Pläne entwickelt und halten eine »Tactical Response Unit« bereit (vgl. Monroy/Jobst 2009).

Doch wie stellt sich die Lage den kritischen Sozialwissenschaften dar? Unter dem Eindruck des Pariser Mai 1968 hatte Eric Hobsbawm zu klären versucht, wie urbane Strukturen Aufstände befördern können und wie umgekehrt diese Einfluss auf die städtische Infrastruktur, z.B. die Architektur und den Straßenbau, nehmen. Er wandte sich gegen die Ansicht, ein besonderes ›Gewalt- und Unruhepotenzial‹ sei der Anonymität der modernen Großstadt geschuldet, weil diese zum einen Nischen bereitstelle, um sich von der dominanten moralischen Ordnung zu emanzipieren, und zum anderen die Atomisierung der Menschen vorantreibe (vgl. z.B. Simmel 1903). Hobsbawm betonte eine andere Verbindung: Nicht Entfremdungs- oder Emanzipationserfahrungen machten Städte zum bevorzugten Feld militanter Erhebungen, sondern schlichtweg der Umstand, dass sich hier die Armutsbevölkerung und die politisch und ökonomisch Mächtigen konzentrierten (1977, 302). Eine dichte Besiedlung, homogene Erfahrungswelten sowie das Vorhandensein zentraler Plätze und Einrichtungen (Regierungsgebäude, Reichtviertel, Unternehmenszentralen etc.) böten sowohl wichtige Voraussetzungen als auch Angriffsziele für die Proteste von Unzufriedenen. Obwohl räumliche und bauliche Gegebenheiten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, waren für Hobsbawm die ökonomisch-politischen Machtkonstellationen entscheidend: »Revolutionen entstehen aus der politischen Situation und nicht, weil sich ein paar Städte von ihrer Struktur her gut für einen Aufstand eignen.« (320)

Ob es überhaupt so etwas wie spezifisch städtische Bewegungs- und Organisationsformen und eine »urbane Frage« gibt bzw. was diese jeweils auszeichnen, ist bis heute umstritten (vgl. Pickvance 2003; Mayer 2008). Als das fordistische Vergesellschaftungsmodell und das damit verbundene Stadtentwicklungskonzept in den westlichen Industriestaaten Anfang der 1970er Jahre erstmals auf größeren Widerstand stießen, waren es einzelne Autoren wie Manuel Castells und Henri Lefèbvre, die »das Urbane« als Terrain linker Politik entdeckten. Um von städtischen sozialen Bewegungen sprechen zu können, mussten für Castells Kämpfe um kollektive Konsumtion (um öffentliche Infrastruktur, soziale Dienste etc.) mit Kämpfen um kulturelle Identität und politische Selbstbestimmung zusammenkommen. Und nur in der Verbindung mit Gewerkschaften und linken Parteien seien diese in der Lage, Hierarchien zu unterminieren und grundlegende Veränderungen herbeizuführen (1977, 432). Lefèbvre, der als erster marxistischer Theoretiker die damals noch provozierende These einer weltweiten »Verstädterung der Gesellschaft« (1970, 124) vertrat, rief zwar zur kollektiven Aneignung der Städte durch ihre Bewohner/innen auf, doch blieb auch bei ihm offen, welche Bedeutung er spontanen Erhebungen gegenüber »geordneteren« Formen der Aneignung und Organisierung beimaß. Dass Lefèbvres Konzept des »Rechts auf Stadt« seit den 1990er Jahren eine neue Aufmerksamkeit zuteil wird, ist kein Zufall. Dahinter stehen Erfahrungen mit vielerorts gewaltsam durchgesetzten Urbanisierungsprozessen, die als Teil der »Akkumulation durch Enteignung« beschrieben werden können (Harvey 2007, 99). Doch so wenig einheitlich die Formen der neoliberalen Urbanisierung sind, so umstritten sind die Bedingungen und Praxen des Widerstands. Einige Stadtforscher/innen, darunter Mike Davis, entwerfen angesichts der Megastädte des globalen Südens apokalyptische Visionen einer »planetarischen Verslumung«. Davis beschreibt die Städte als Orte extremer ökonomischer Ungleichheit, ökologischer Zerstörung, räumlicher Segregation, fehlender Industrialisierung, ja als »brodelnde Vulkane« (2007, 210), die zwar jederzeit ausbrechen können, aber kaum emanzipatorische Perspektiven bieten. Dagegen formulieren andere Stadtforscher/innen eine fast schon optimistische Perspektive, weil sie in vielen Metropolen die Voraussetzungen für die Herausbildung neuer Subjekte, Formen und Kulturen der Solidarität und des kollektiven Widerstands gegeben sehen. Saskia Sassen (2000) beispielsweise versteht »Global Cities« auch als Austragungsorte »post-kolonialer Kämpfe«, in denen Migranten aufgrund ihrer wachsenden Bedeutung in den städtischen Dienstleistungsökonomien und demographischer Verschiebungen zugunsten ethnischer Minderheiten ihre Opferrolle abwerfen und die weißen Eliten herausfordern könnten.

Michael Hardt und Antonio Negri (2010) gehen noch einen Schritt weiter: Die »Metropole« sei, so ihre Zuspitzung, »für die Multitude das, was die Fabrik für die industrielle Arbeiterklasse war« (2010, 262). Sie knüpfen hier implizit an Lefèbvres Begriff des Städtischen als »verdichtete Unterschiedlichkeit«, als Produkt der Bewohner/innen, ihrer sozialen Beziehungen, der Nachbarschaftlichkeit, des spezifischen Flairs und der Konflikte in den Stadtvierteln an. In den alltäglichen symbolischen, affektiven und sprachlichen Tätigkeiten der Kommunikation und

Kooperation, die in der »Metropole« stattfänden und in ihrer Verdichtung und Unterschiedlichkeit das spezifisch Städtische ausmachten, sehen Hardt/Negri das Paradigma jener »immateriellen Arbeit« bzw. »biopolitischen Produktion«, das den gegenwärtigen Kapitalismus charakterisiert. Gleichzeitig erlernten die Bewohner/innen ihre Fähigkeiten zur Kooperation und zur Herstellung von Gemeinsamkeiten in denselben alltäglichen Beziehungen, die zunehmend der kapitalistischen Akkumulation unterworfen würden. Ähnlich Harveys These von der »Akkumulation durch Enteignung« gehen Hardt/Negri von einer Umkehrung der »Marx'schen Bewegung von der formellen zur reellen Subsumtion« (2010, 258) aus und stellen die Kämpfe um die »commons« ins Zentrum (vgl. auch Harvey 2009, 259). Analog zur Fabrik im industriellen Zeitalter sei die Metropole Ort der »Produktion«, der »Begegnung« und des »Antagonismus«; in der Vielfalt des Städtischen konstituiere sich die »Multitude«, die einerseits den Begrenzungen der kapitalistischen Inwertsetzung unterworfen sei, andererseits aber zu jenem »revolutionären Subjekt« würde, das die Arbeiterklasse im Zeitalter der Fabrik war.

In Hardt/Negris Betrachtung jener gesellschaftlichen Kämpfe um Wiederaneignung der »enteigneten« städtischen sozialen Beziehungen erhält das Moment des Unkontrollierbaren und Nicht-Repräsentierbaren eine zentrale Bedeutung. Sie bestätigen damit die Befürchtungen jener »Sicherheitsexperten«, die sich um die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung sorgen: »Jacquerien, Kämpfe um Wiederaneignung und Aufstände in Metropolen werden zum wichtigsten Feind kapitalistischer Biomacht.« (2010, 260) Die Revoltierenden selbst befänden sich in einer »doppelten Beziehung« zur Metropole. Sie seien zugleich innerhalb und stünden dagegen. Sie wollten sich den Reichtum und die Kommunikations- und Kooperationsnetzwerke der Metropole wieder aneignen und zugleich »ihre Hierarchien, Trennlinien und Herrschaftsstrukturen zerstören« (ebd.). Harvey widerspricht dieser Überlegung grundsätzlich. Auch in der Rebellion seien die Subjekte einer Logik von Erniedrigung und Enteignung unterworfen. Die Revolte würde Herrschaft also nicht notwendig zurückdrängen, sondern laufe selbst Gefahr, sich reaktionär zu entwickeln. Harvey schlägt Lefébvres Konzept des »Rechts auf Stadt« als Alternativmodell vor, um aktuelle Kämpfe mit der Politik städtischer sozialer Bewegungen zusammen zu denken. Der Slogan spiele aktuell, von Berlin bis Zagreb, von São Paulo bis New York und Los Angeles, eine wichtige politische Rolle, und Henri Lefévre habe genau an der Erkenntnis angesetzt, dass die Verbindung von Arbeiterkämpfen und sozialen Bewegungen eine viel breitere revolutionäre Basis schaffe, als es die Begrenzung auf die Fabrik ermögliche (vgl. Harvey 2009, 261).

In dieser Auseinandersetzung scheint die ältere Diskussion um Revolution und Revolte wieder auf, allerdings in einer veränderten Form. Denn die Fragen der Subjektivität und der sozialen Bewegungen sowie der Transformation der kapitalistischen Produktionsweise sind daraus nicht mehr wegzudenken. Im Widerspruch zwischen der Legitimität der Revolte, in der sich die Maximen einer moralischen Ökonomie der Subalternen artikulieren, und der zerstörerischen Gewalt, die sie nicht loswerden kann, müssen Linke und soziale Bewegungen ihre Haltung entwickeln.

### *Revolten und linke soziale Bewegungen*

Die neuen sozialen Bewegungen in Westeuropa haben sich die Frage nach dem Verhältnis von Revolution und Revolte nicht mehr in der Weise gestellt, die Camus und Sartre entzweite. Sie knüpfen an Probleme der gesellschaftlichen Reproduktion, des Alltäglichen, der »Lebenswelt« an. Dadurch fiel es bis in die 1980er Jahre leicht, städtische Kämpfe als Bestandteil eines breiten linken Bewegungsspektrums anzuerkennen. Hierzu gehörten vor allem die Jugendrevolten, die sich an Räumungen besetzter Häuser entzündeten, in denen um selbstverwaltete Stadtteilzentren und »Freiräume« gekämpft wurde, oder gegen Großprojekte wie die Frankfurter »Startbahn West«. Sie galten als »emanzipatorisch«, als Ausdruck einer Verweigerung von disziplinierten Lebensläufen und einer Kritik der Institutionen (der Familie, der Kommunalverwaltung, der Polizei und Justiz, der Sozialen Arbeit etc.). Doch mindestens zwei Entwicklungen bilden entscheidende Wendepunkte. Die nach 1989 in der neuen Bundesrepublik verübten Pogrome und Brandanschläge gegen Flüchtlinge und Migrant/innen, Synagogen und linke Projekte zeigten erneut die »hässliche Fratze« des Aufstands von unten. Der menschenverachtende Auftritt des Mobs stellte von nun an jegliche positive Bezugnahme auf die unzufriedenen und zornigen Massen unter Vorbehalt. Ressentimentgeladene Bewegungen und Aufstände, die sich gegen Arme oder ethnische Minderheiten richten, Frauen entrechten oder aggressive Siedlungsweisen durchsetzen, sorgen nach wie vor für eine berechtigte Skepsis gegenüber Revolten. Der zweite Wendepunkt ist etwas verkürzt als »Prekarisierung von oben« zu beschreiben. Die emanzipatorisch aufgeladene Entscheidung für ein »selbstbestimmtes« Leben am Rande der Gesellschaft wurde von der Kapitaleseite zugleich überboten und pervertiert, indem sie die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen strategisch nutzte, um den fordistischen »Klassenkompromiss« aufzukündigen.

Die Schwierigkeiten linker sozialer Bewegungen im Umgang mit Revolten weisen auf grundsätzliche Schwächen und blinde Flecken hin<sup>1</sup>: Die verbreitete Annahme, nur eine kontinuierliche Organisation könne die Nachhaltigkeit der Veränderung sichern, übersieht, dass es in bestimmten historischen Situationen durchaus sinnvoll sein kann, Protest nicht zu institutionalisieren, sondern auf eruptive Erhebungen und konfrontative Strategien zu setzen (vgl. Piven/Cloward 1977). Eine weitere Schwäche vieler sozialer Bewegungen hängt mit dem Anspruch zusammen, einerseits zwar Proteste und Kämpfe von unten aufzugreifen und abbilden zu wollen, andererseits aber keine Anstrengungen zu unternehmen, mit diesen in eine direkte Beziehung zu treten. Die Verwurzelung in einer links-alternativen Mittelschicht führt häufig zur Abschottung gegenüber anderen »Milieus«, mit denen Kooperationen wichtig wären. Neben kulturellen Gründen mögen für die fehlenden Verbindungen auch materielle Interessengegensätze verantwortlich sein.

1 Mit unseren weiteren Überlegungen bleiben wir im Kontext der westlichen Metropolen, da diese unseren Erfahrungshorizont bestimmen. Die Beiträge zu Südafrika und Bangkok im Heft setzen andere Schwerpunkte.



Nicht nur im NGO-Sektor oder in anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch in einer intellektuell geprägten radikalen Linken dominieren Lebensentwürfe, in denen sich soziale Netzwerke, Erfahrungen und Qualifikationen politischer Tätigkeit mit beruflichen Aspirationen überschneiden. Für linke Aktivist/innen können sich immer noch Türen in Universitäten, in den Journalismus, in Gewerkschaften oder Parteien (sowie zur Eigentumswohnung und zum Mittelklassewagen) öffnen. Solche Wege sind vielen Jugendlichen, »Langzeitarbeitslosen« und all jenen Gruppen, deren »Perspektivlosigkeit« sie in den letzten Jahren hat revoltieren lassen, in der Regel versperrt. Der Vorwurf, soziale Bewegungen seien keine Ansprechpartnerinnen für Revoltierende (mehr), weil auch sie letztlich die gesellschaftliche Ordnung aufrechterhalten und zur immer weiteren Verfeinerung von Macht- und Herrschaftsstrukturen beitragen (Unsichtbares Komitee 2010, 74), ist auch in diesem Zusammenhang zu betrachten.

Und schließlich besteht ein Widerspruch innerhalb einer politischen Kultur, die für die Beteiligung an sozialen Bewegungen ein politisches Bewusstsein und Abstraktionsvermögen voraussetzt, das sich erst durch Erfahrung in Organisierung und politischem Handeln herausbilden kann. Die Thematisierung verschiedenster Unterdrückungsverhältnisse (Sexismus, Rassismus, Homophobie, Antisemitismus usw.) ist gerade für die sozialen Bewegungen ein wichtiger Teil ihres Selbstverständnisses. Dies hat die Kehrseite, ihre (scheinbare) Abwesenheit zur Voraussetzung für Kooperationen zu machen. So werden Revolten an Maßstäben gemessen, denen die sozialen Bewegungen selbst kaum gerecht werden können.

Zur Repräsentationskrise staatlicher Politik, die die Bewohner/innen der Slums oder *banlieues* als »Überflüssige« markiert und ihre Interessen und Bedürfnisse bestenfalls ignoriert oder ihnen nur mit Repression begegnet, gesellt sich die »Repräsentationskrise« zwischen Revoltierenden und linken sozialen Bewegungen. Soziale Zusammensetzung, Selbstbild und ein bestimmter Begriff des Politischen machen es unmöglich, die in Revolten artikulierten Empörungen, Interessen und Forderungen als politische kritisch aufzugreifen.

Möglicherweise bietet das an Lefèbvre angelehnte Konzept »Recht auf Stadt« sozialen Bewegungen tatsächlich einen neuen Bezugspunkt. Margit Mayer und Julie-Anne Boudreau zufolge hat es das »Potenzial, verschiedene sozial benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen mit den kulturell Entfremdeten und Unzufriedenen zusammenzubringen und darüber hinaus Verbindungen zwischen den Kämpfen in den Erste-Welt-Metropolen und den Städten des Globalen Südens herzustellen«. Hierbei gelte es allerdings zu unterscheiden zwischen einem legalistischen (Menschen-)Rechtsdiskurs, wie er in NGOs und internationalen Organisationen üblich ist, und einem Begriff von »Recht auf Stadt« als einem oppositionellen Anspruch, der nur »über soziale und politische Kämpfe« durchgesetzt werden kann. Dieses Verständnis macht den Begriff zu einer »Forderung nach konkreten gesellschaftlichen Veränderungen – als sozialer Konflikt, der »offene Räume« entstehen lässt, die *als solche heute* mit der kapitalistischen Logik des Urbanen brechen« und eine Urbanität als »Recht auf Anderssein« und »verdichtete Unterschiedlichkeit«

antizipieren (Lefèbvre, zit.n. Birke 2010, 148f, Fn. 2). Dies könnte ein Ansatz sein, das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Revolten in der Praxis neu zu definieren.

Denn eine neue Sprache zu finden, in der sowohl die Interessen der Revoltierenden als auch die der sozialen Bewegungen zu formulieren wären, ist nur ein erster Schritt. Der zweite wäre, tatsächlich miteinander zu sprechen. So ist es zwar ein Fortschritt, Gentrifizierung als »Klassenkampf von oben« (Twickel 2010, 102) zu thematisieren und damit die Perspektive derjenigen zu repräsentieren, gegen die dieser Angriff vornehmlich gerichtet ist. Doch bedeutet dies noch nicht, dass die von neoliberaler Stadtumstrukturierung am stärksten Betroffenen in die eigene Praxis einbezogen sind. Die Räume, in denen Begegnungen auf Augenhöhe zwischen unterschiedlichen Bewegungen und Akteuren möglich werden, sind erst noch zu erfinden. Eine Öffnung gegenüber einer politischen Artikulation, wie sie in Revolten aufscheint, böte sozialen Bewegungen jedoch auch die Möglichkeit, ihre eigenen Widersprüche, ihre relative Marginalität und ihre gesellschaftlichen Privilegien zu reflektieren und dementsprechend neue politische Strategien zu entwickeln. Sie böte darüber hinaus einen Ansatzpunkt, die moralische Ökonomie zu erkennen, deren permanente Verletzung Menschen überall in den Städten zu Verweigerung und Revolten drängt. Der Widerspruch zwischen der Legitimität des Aufstands und möglicher reaktionärer Gewalt kann weder durch eine theoretisch »richtige« noch eine pädagogische Haltung der sozialen Bewegungen aufgehoben werden. Die Voraussetzung für eine solche Öffnung sozialer Bewegungen ist, Revolten als politische Artikulation und als Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche ernst zu nehmen.

### Literatur

Birke, Peter, »Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg«, in: *Sozial.Geschichte Online* 3, 2010, 148-91

Camus, Albert, *Der Mensch in der Revolte* (1951), Hamburg 1969

Castells, Manuel, *The Urban Question: A Marxist Approach*, Cambridge 1977

Davis, Mike, *Planet der Slums*, Berlin-Hamburg 2007

Eick, Volker, Jens Sambale u. Eric Töpfer (Hg.), *Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik*, Bielefeld 2007

Foucault, Michel, »Nutzlos, sich zu erheben«, in: ders., *Dits et Ecrits. Schriften, Bd. 3: 1976-1979*, Frankfurt/M 2003, 987-92

Graham, Stephen, *Cities Under Siege: The New Military Urbanism*, London 2010

Hardt, Michael, u. Antonio Negri, *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*, Frankfurt/M-New York 2010

Harvey, David, *Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung*, Hamburg 2007

ders., »Commonwealth: An Exchange. Analysis: David Harvey«, in: *Artforum* 11/2009, 211-63

Heintz, Peter, »Betrachtungen zu einer soziologischen Theorie der Revolte«, in: *Schweizerische*

*Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 90. Jg., 1954, H. 4, 401-14

Herzig, Arno, *Unterschichtenprotest in Deutschland 1790-1870*, Göttingen 1988

Hobsbawm, Eric, »Großstädte und Aufstände«, in: ders., *Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M 1977, 302-21

Lefèbvre, Henri, *La révolution urbaine*, Paris 1970

Mayer, Margit, »Städtische soziale Bewegungen«, in: R.Roth u. D.Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/M-New York 2008, 293-318

dies. u. Julie-Anne Boudreau, »Social Movements in Urban Politics: Trends in Research and Practice«, in: K.Mossberger, S.E.Clarke u. P.John (Hg.), *Oxford Handbook of Urban Politics*, New York-Oxford i.E.

Melossi, Dario, »Expropriieren wir die Expropriateure«, in: *Kriminologisches Journal*, 9. Jg., 1977, H. 4, 297-304

Meyer, Ahlrich, *Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789-1848*, Berlin-Hamburg 1999

Monroy, Matthias, »Fliegende Kameras für Europas Polizeien«, in: *Telepolis*, 13.1.2010 (www)

ders. u. Hanne Jobst, »Rezession und Repression«, in: *Telepolis*, 19.3.2009 (www)

Neidhardt, Friedhelm, u. Dieter Rucht, »Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilität sozialer Bewegungen«, in: *Soziale Welt*, 44. Jg., 1993, H. 3, 305-26

Pearson, Geoffrey, »Goten und Vandalen – Verbrechen in historischer Perspektive«, in: *Kriminologisches Journal*, 9. Jg., 1977, H. 4, 279-96

Pickvance, Christopher, »From Urban Social Movements to Urban Movements: A Review and Introduction to a Symposium on Urban Movements«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27. Jg., 2003, H. 1, 102-09

Piven, Frances Fox, u. Richard A. Cloward, *Aufstand der Armen*, Frankfurt/M 1977

Sander, Helke, *Der subjektive Faktor*, Film, D, 183 Min., 1981

Sassen, Saskia, »Dienstleistungsökonomien und die Beschäftigung von MigrantInnen in Städten«, in: K.Schmals (Hg.), *Migration und Stadt*, Opladen 2000, 87-113

Simmel, Georg, »Die Großstädte und das Geistesleben«, in: T.Petermann (Hg.), *Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung*, Dresden 1903, 185-206

Thompson, Edward P., »Die »moralische Ökonomie« der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert«, in: ders., *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/M u.a. 1980, 67-130

Tilly, Chris, u. Sidney Tarrow, *Contentious Politics*, Boulder 2006

Twickel, Christoph, *Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle*, Hamburg 2010

Unsichtbares Komitee, *Der kommende Aufstand*, Hamburg 2010